

UNGARN

FRANK SPENGLER

BENCE BAUER

27. Juni 2016

www.kas.de

Brexit in den ungarischen Medien

Entgegen einer Ankündigung des ungarischen Staatsministers im Ministerpräsidentenamt János Lázár hat die ungarische Regierung hinsichtlich des EU-Referendums in Großbritannien vor der Entscheidung doch eindeutig Stellung bezogen und sich für den Verbleib der Briten in der EU ausgesprochen. „The decision is yours, but I would like you to know that Hungary is proud to stand with you as a member of the European Union“. Dieser Anzeigentext, unterschrieben von Ministerpräsident Orbán, wurde in einer Anzeigenkampagne in den britischen Tageszeitungen am 20. Juni 2016 veröffentlicht. Regierungssprecher Kovács erklärte dazu, dass die ungarische Regierung oftmals zu Unrecht kritisiert würde, sich antieuropäisch zu verhalten. Doch diese Kampagne zeige, dass Ungarn an die Zukunft der EU glaube.

Berichterstattung in den Medien

Über den Brexit wird in den ungarischen Medien sachbezogen berichtet. Herausgehoben werden die unterschiedlichen Ergebnisse in den verschiedenen Teilen des Vereinigten Königreichs sowie die Divergenz des Wahlverhaltens von alten und jungen Wählern. Berichtet wird insbesondere von der Möglichkeit, dass Schottland und eventuell auch Nordirland sich vom Vereinigten Königreich lossagen könnten. Auch wird die Situation der ungarischen Arbeitnehmer im Vereinigten Königreich angesprochen sowie mögliche wirtschaftliche Auswirkungen auf Ungarn thematisiert. Die Berichterstattung dominierte die Samstagsausgaben der Zeitungen und Nachrichtenportale.

Der Tenor der Brexit-Berichterstattung in Ungarn ist bestimmt vom Zustand der Europäischen Union und den möglichen Folgen des Brexits für Europa. Auf innerenglische Hintergründe wird weniger eingegangen, auch finden sich nur vereinzelt Analysen der divergierenden Meinung der britischen Wählerschaft.

Die konservative regierungskritische „Magyar Nemzet“ schreibt in ihrem vom außenpolitischen Korrespondenten Gábor Stier verfassten Leitartikel mit dem Titel „Albtraum“ davon, dass das Herz sich über den Brexit freue, der Verstand allerdings nicht. Die Briten hätten nämlich nie richtig zu Europa gepasst und wären wohl lange ein Trojanisches Pferd gewesen. Daher könne man in Europa nunmehr mit sauberen Karten spielen. Die alles entscheidende Frage sei aber nun, wie die EU mit der Lage umgehe. David Cameron wird dabei unverantwortliches Handeln unterstellt.

Die regierungsnaher Zeitung „Magyar Idők“ führt im Artikel „Britannien, herrsche“ an, dass die gefühlsbetonte Entscheidung der Briten zwar nicht in Frage gestellt werden dürfe, dass aber andere Länder keine „Sklaven“ sein dürften. Der Brüsseler Modus Operandi hätte radikale Kräfte überhaupt erst möglich gemacht. Die EU hätte nämlich keine Nationalität, keinen Glauben, kein Geschlecht, keine moralischen Leitlinien und keine Erscheinungsform. Dennoch sei sie omnipräsent, dies würde die Menschen aber stören. Der Verfasser, Levente Sitkei, befürchtet einen möglichen Dominoeffekt.

In der rechtsorientierten „Magyar Hírlap“ resümiert Zsolt Bayer, dass die Briten nur

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UNGARN

FRANK SPENGLER

BENCE BAUER

27. Juni 2016

www.kas.de

das Spiegelbild Europas wären. Sie seien in den letzten 40 Jahren enttäuscht worden und hätten die Erfahrung von 40 Jahren in die Waagschale geworfen. Europa sei bestimmt worden von der Generation der 68er, die nun mit Schrecken feststellen würde, was sie aus Europa gemacht hätte. Europa, die „böse Königin“, schaue in den Spiegel und stelle fest, dass sie an Schönheit verloren hätte, so Bayer.

Die sozialdemokratische „Népszava“ folgt in einem von Mária Gál verfassten Leitartikel, dass David Cameron ein Eigentor geschossen hätte. Er sei für eine tiefe Krise der EU verantwortlich, weil er zwar eine Frage aufgeworfen, aber keine angemessene Antwort auf diese hätte. Die Redakteurin sieht auch das Fortbestehen des Vereinigten Königreichs gefährdet sowie regionale und Generationskonflikte. Ausschlaggebend für die Brexit-Entscheidung seien die ostmitteleuropäischen Arbeitnehmer, so dass der Brexit auch als Triumph des Wohlstandschauvinismus verstanden werden könne, so Gál. Der Leitartikel zieht auch einen Vergleich von Cameron zu Orbán, der auch eine EU-kritische Stimmung für eigene politische Zwecke nutze. Es sei eine Lawine losgetreten worden, die nun nicht mehr zu stoppen sei.

Erste Reaktionen aus der Politik

Die an der Regierung beteiligte Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) meldete sich als eine der ersten Parteien zu Wort. In ihrer Stellungnahme betrachtet sie den Brexit als warnendes Zeichen: Führung, Funktionsweise und Effizienz der EU müssten sich ändern. Die EU müsse mehr auf die Stimme der Bürger hören, man könne die Nationalstaaten nicht knebeln.

Seitens der Regierungspartei Fidesz wurde durch den Fraktionsvorsitzenden Lajos Kósa verlautbart, dass der Grund der Brexit-Zustimmung die EU-Einwanderungspolitik sei. Die Entscheidung des britischen Volkes müsse akzeptiert werden, ein jedes Land hätte das Recht, selber über die Zugehörigkeit zur EU zu entscheiden, so Kósa. Zugleich sei das Ergebnis aber auch

ein Zeichen an alle, Volkes Stimme nicht zu überhören. Anders als die sozialliberale europäische Führungselite seien die Bevölkerungen nämlich der Auffassung, dass man nicht unkontrolliert Menschen in das Land lassen dürfe, folgte der Fraktionsvorsitzende.

Der Vorsitzende der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP), József Tóbiás, erklärte noch vor seiner Abwahl am Samstag, dass Ungarn mit den Brexit verloren hätte. Das von der ungarischen Regierung angestrebte Referendum über die EU-Quote würde den Weg aus der EU bedeuten, so Tóbiás. Der Brexit hätte auch erhebliche negative Folgen für die ungarische Wirtschaft. Auch der neugewählte MSZP-Vorsitzende Gyula Molnár erklärte in seiner ersten Pressekonferenz wohl auch im Hinblick auf die ungarische Politik, dass man „keine populistische Politik betreiben dürfe“.

Die rechtsextreme Jobbik sieht im Brexit eine Chance für Brüssel, seine Konzepte zu überdenken solle. Ungarn würde dieses Ergebnis klar vor Augen führen, dass es durchaus möglich sei, neue Bedingungen auszuhandeln. Sofern sich die EU nicht ändere, würde Jobbik für eine Neuverhandlung der EU-Verträge sowie des Beitrittsvertrags eintreten. Hinsichtlich eines möglichen ungarischen Austritts würde man aber abwarten, so der Abgeordnete Márton Gyöngyösi.

Die grüne LMP gibt die Schuld am Brexit eindeutig der EU-Führung. Péter Ungár, Vorstandsmitglied der Europäischen Grünen Partei, erklärte, dass die Entscheidung der Briten zu respektieren und die EU auf eine neue Grundlage zu stellen sei. Andernfalls könnten auch andere Mitgliedsländer ähnlich wie die Briten entscheiden.

Die Demokratische Koalition (DK) appellierte an die ungarische Regierung, das für Herbst geplante Referendum über die verpflichtende EU-Quote zurückzunehmen. Dieses führe nämlich zur Beendigung der EU-Mitgliedschaft Ungarns. Die Entscheidung der Briten sei zu respektieren, das Vereinigte Königreich hätte in Zukunft

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UNGARN

FRANK SPENGLER

BENCE BAUER

27. Juni 2016

www.kas.de

aber keinen Anspruch auf Sonderbehandlung.

Dialog für Ungarn (PM) forderte seitens ihres EP-Abgeordneten Benedek Jávor die ungarische Regierung auf, unverzüglich Verhandlungen hinsichtlich - seinen Angaben zufolge - gut 300.000 ungarischer Arbeitnehmer in Großbritannien aufzunehmen. Hinsichtlich der EU meinte Jávor, es sei an der Zeit, eine stärkere, demokratischere, transparentere und auf Probleme bessere Lösungen bietende EU zu schaffen. Die Schlüsselfrage sei, ob Ungarn hierbei mitmachen könne oder aber außen vor bleibe.

Parlamentspräsident László Köver bedauerte den Brexit und stellte fest, dass Ungarn und Großbritannien in vielen Sachfragen hinsichtlich der Europäischen Union einer Meinung gewesen seien. Im Vorfeld des Referendums hat der ungarische Wirtschaftsminister sich in einer Pressekonferenz bereits über die möglichen Folgen des Brexits geäußert. Er erwarte einen Rückgang des BNP um 0,3%-0,4%. Die Wirtschaftsanalysten befürchten auch eine erhebliche Reduzierung der EU-Mittel für Ungarn. Sorge bereitet zudem der zukünftige Status der in Großbritannien arbeitenden Ungarn. Ihre Zahl wird auf 150.000 bis 200.000 Personen geschätzt.

Stellungnahme der ungarischen Regierung

Als einer der ersten unter den europäischen Regierungschefs meldete sich Ministerpräsident Viktor Orbán bereits am frühen Freitagmorgen zu Wort: „Brüssel muss die Stimme der Menschen hören“ und „Wir müssen die Entscheidung der Briten respektieren“. Es müsse nun analysiert werden, welche Themen die Entscheidung der Briten bestimmt hätten. Nach seiner Meinung war dies vor allem die Einwanderung. Sie wären mit den von der EU dazu vorgeschlagenen Lösungen nicht einverstanden gewesen, so Orbán. Ungarn sei an einer starken EU interessiert, diese könne aber nur dann Kraft schöpfen, wenn auf große Schicksalsfragen wie die Migration Antworten gegeben werden könnten, die Europa stärken und nicht schwächen. Diese Antworten hätte die EU aber nicht gegeben. Am Sonntag erklärte er anlässlich der Vereidigung neuer Offiziere in der Budaer Burg, dass die britischen Bürger nunmehr ihr Schicksal in die Hand nähmen und keine weiteren Belehrungen bräuchten. Sie hätten genug von der Unsicherheit, vom Stillstand und vom „tatenlosen Wortschwall“ und auch davon, dass sie sich in Europa nicht mehr zu Hause haben fühlen können, so Orbán. Bezüglich der Zukunft der EU rechnet der Ministerpräsident damit, dass die EU sich nun schnell ändere. Da mit dem Vereinigten Königreich nunmehr ein Offizier vom Schachbrett genommen worden wäre, müsse „alles neu gedacht“ werden. Auch

Auswirkungen des Brexit

Alle wichtigen politischen Gruppierungen in Ungarn bedauern, dass Großbritannien sich gegen eine EU-Mitgliedschaft ausgesprochen hat, weil dadurch Europa geschwächt würde. Gerade in diesen schwierigen politischen Zeiten sei aber nach Meinung vieler ungarischer Politiker des gesamten politischen Spektrums ein starkes Europa erforderlich. Die ungarische Regierung fühlt sich vor allem in ihrer Forderung bestätigt, dass die Meinung der Bevölkerung stärker bei der Politikumsetzung berücksichtigt und dass die intergouvernementale Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ausgeweitet werden müsse („Europa der Vaterländer“). Der Brexit stärkt darüber hinaus die Position der ungarischen Regierung in der Flüchtlingsfrage. Einige Kommentatoren verweisen auf die Chancen, die auch in dieser Krise liegen würden. So wird eine umfassende Debatte über die gemeinsamen europäischen Werte gefordert. Die britische und ungarische Regierung waren Verbündete gegen die Bürokratie in Brüssel und die Übertragung von nationaler Souveränität. Auch in Wirtschafts- und Finanzfragen gab es oft eine Übereinstimmung, dennoch darf diese nicht überbewertet werden. Ungarn könnte versuchen, das Ausscheiden der Briten durch eine stärkere Kooperation im Rahmen der Visegrád-Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen auszugleichen. Ministerpräsident Orbán kündigte bereits

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UNGARN

FRANK SPENGLER

BENCE BAUER

27. Juni 2016

www.kas.de

telefonische Konsultationen mit seinen V4-Kollegen an. Wichtigster Partner der Ungarn in Europa war bisher und bleibt eindeutig Deutschland.

Die Verantwortung Deutschlands in der EU wird durch den Brexit sicherlich zunehmen. Dies könnte auch eine Belebung des deutsch-ungarischen Dialogs zur Folge haben. Die Auswirkungen des Brexits müssen zunächst sachlich analysiert und die endgültigen umfassenden Veränderungen abgewartet werden. Fest steht, dass der Abstimmungs- und Diskussionsbedarf sich mit und in den EU-Ländern erhöht hat. Als einer der wenigen Regierungschefs der Europäischen Volkspartei kommt Viktor Orbán dabei eine wichtige Bedeutung zu. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Austrittsverhandlungen auf eine mögliche EU-Erweiterung auswirken. Ungarn war bisher ein sehr starker Befürworter der EU-Erweiterung um die Länder des Westbalkans. Für das KAS-Büro in Ungarn bedeutet dies vor allem, dass im Gastland, aber auch bilateral und grenzüberschreitend, der Dialog über europapolitische Themen mit unseren Partnern intensiviert werden muss.